

NIEDERSCHRIFT StuB/030/2013

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 11.12.2013 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Herr Bernhard Faltmann

Vertretung für Herrn
Andreas Groll

Herr Bernhard Kortmann

Herr Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming

Herr Franz Becks

Herr Hans-Joachim Spengler

Herr Ralf Flüchter

Herr Ulrich Schlieker

Vertretung für Herrn
Dr. Rolf Sommer

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Vortragender Gast:

Herr Bach

Hydro-Ing. Nord, zu
TOP 1. und 2. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Michaela Besecke

Herr Boris Jakisch

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form-und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **End- bzw. Neuausbau der Straße Kerkeler sowie der Johannisstraße von der Straße Kerkeler bis zur Von-Galen-Straße hier: Ergebnis der Anliegerbeteiligung sowie Beschluss zur Ausschreibung**

Herr Bach von den Hydro-Ing. Nord stellt die mit den Anliegern abgestimmte Ausbauplanung detailliert vor.

Weiter führt er unter Bezugnahme auf ein Schreiben eines Anliegers aus, dass die Herstellungskosten nach einer Kostenberechnung, basierend auf einer Schätzung aus dem Jahr 2007, mit 375.000,-- € angegeben waren. Aktuell seien jedoch Herstellungskosten in Höhe von 515.000,-- € ermittelt worden. Der Straßenausbau sei von Mai – Oktober 2014 geplant.

Herr Mollenhauer teilt zu dem Anliegerschreiben mit, dass es hierin um die unterschiedlich hohen Herstellungskosten und um Fragen zur Kanalisation gehe.

Zu den Herstellungskosten habe Herr Bach schon darauf hingewiesen, dass bei der Vorstellung der Entwurfsplanung noch keine konkreten Kosten genannt werden konnten. Für die Anliegerversammlung habe die konkrete Kostenberechnung vorgelegen. Die in der Anliegerversammlung genannten Beiträge basierten auf Herstellungskosten in Höhe von 515.000,-- €.

Darüber hinaus werde in der Eingabe angeführt, dass nicht alle Anlieger bzgl. ihrer Hausanschlüsse angeschrieben worden seien und es werde nachgefragt, ob eine getrennte Ausschreibung der Kanalbau- und der Straßenbaumaßnahme nicht zu einem günstigeren Ergebnis führen würde. Auf diese Fragen werde Herr Hein morgen in der Ratssitzung eingehen.

Herr Becks verweist auf die Sitzung dieses Ausschusses im Mai 2012, in der Herr Kipsieker Herstellungskosten von 375.000,-- € genannt habe. Also sei nicht zuletzt 2007, sondern auch noch 2012 von dieser Summe ausgegangen worden. Jetzt würden die Kosten einfach hochgeredet. Und nicht die Verwaltung, sondern ein Mitarbeiter des Ing.-Büros habe die Zahl auf den Tisch gelegt.

Herr Bach erläutert, dass die ersten Vorplanungen 2001 für das gesamte Gebiet erstellt wurden. Dann sei die Planung 2007 abgespeckt worden und die alten Zahlen von 2001 seien noch einmal als Kostenschätzung neu ermittelt worden. Er räume ein, dass es nicht besonders klug gewesen sei, den Betrag der Kostenschätzung zu übernehmen. Als dann eine Kostenberechnung anhand der Entwurfsplanung erstellt wurde, hätten sich Kosten von 515.000,-- € ergeben.

Herr Becks wiederholt, dass 2012 noch Herstellungskosten von 375.000,- € genannt wurden und man sich auf die von einem Ing.-Büro genannten Zahlen verlassen müsse.

Herr Mollenhauer räumt ein, dass die in 2012 genannten Zahlen konkreter hätten ermittelt werden müssen.

Herr Flüchter merkt positiv an, dass die mit den Anliegern geführten Gespräche mehr oder weniger zu einvernehmlichen Lösungen geführt hätten, mit denen alle leben könnten. Irritiert hätten ihn aber auch die in der Höhe weit auseinanderliegenden Herstellungskosten. Er wisse nicht, ob diese Irritationen jetzt ausgeräumt seien und abgestimmt werden könne.

Herr Mollenhauer wiederholt, dass die in der Anliegerversammlung genannten Beiträge auf Herstellungskosten in Höhe von 515.000,-- € basierten. Zudem hätten viele Anlieger das Angebot der Verwaltung genutzt und sich nach der Höhe des Beitrages für ihr Grundstück erkundigt. Außerdem sei eine Kostenberechnung noch nicht die endgültige Abrechnung.

Herr Knüwer wirft die Frage auf, warum nicht beide Maßnahmen in einer Ausschreibung zusammengefasst und dann nach Losen vergeben werde.

Herr Mollenhauer merkt an, dass hierzu Herr Hein, der heute zu einem Seminar sei, in der Ratssitzung Stellung nehmen werde.

Wichtig sei es, die Kosten für die Anlieger so gering wie möglich zu halten, so Herr Kösters.

Herr Dübbelde meint, dass ohne nähere Informationen zu den Kanalbaumaßnahmen heute eigentlich gar nicht abgestimmt werden könne.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass es nur um einige Hausanschlüsse gehe und hierzu Herr Hein morgen etwas sagen werde.

Man vertue sich doch nichts, die Erläuterungen des Herrn Hein abzuwarten und danach den Beschluss zu fassen, so Herr Schulze Temming.

Herr Becks befragt Herrn Bach, ob die Anzahl der Stellplätze ausreichend sei und diese Frage mit den Anliegern geklärt sei.

Hierzu teilt Herr Mollenhauer mit, dass einige Anlieger des Kerkeler das Parkplatzproblem angesprochen hätten, weil heute auch der Gehweg zum Parken genutzt werde. Seitens des Planungsbüros sei auf die für Gehwege erforderliche Mindestbreite und auf den fehlenden Platz für einen zusätzlichen Parkstreifen hingewiesen worden. Zudem könne überall geparkt werden, wenn niemand behindert werde und die Parkplätze an der Johannisstraße stünden auch den Anliegern des Kerkeler zur Verfügung. Bzgl. des Parkens hätten die Anlieger unterschiedliche Ansichten vertreten. Einigen sei der Parkplatz vor dem Haus wichtig während das von anderen als Behinderung angesehen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Becks zu der morgen im Rat zu beratenden Bürgeranregung erläutert Herr Mollenhauer, dass die Ergebnisse der Beratung auch noch nach der Ausschreibung im Zuge des Ausbaues umge-

setzt werden können.

Herr Dübbelde stellt abschließend fest, dass heute kein Beschluss gefasst werden soll.

2. Endausbau der Straßen im Neubaugebiet Gantweger Bach

Herr Bach von den Hydro-Ing. stellt die Straßenendausbauplanung Gantweger Bach detailliert vor. Der Planentwurf ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzungsvorlage einzusehen. Die Kostenschätzung betrage 630.000,-- € incl. MWSt, Baunebenkosten, Beleuchtung und Bepflanzung. Die Bürgerbeteiligung sei für Januar 2014 vorgesehen, die Ausführungsplanung könnte dann im März 2014 erfolgen, so dass mit dem Bau im Mai 2014 begonnen werden könne. Vermutlich werde die Bauzeit 6 Monate betragen.

Herr Dübbelde merkt an, dass die Planung zunächst den Bürgern vorgestellt werden soll und diese ggf. Änderungsvorschläge unterbreiten werden. Er gehe davon aus, dass dem Ausschuss die Planung dann noch einmal vorgelegt und erst danach die Ausschreibung auf den Weg gebracht werde.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass der vorgesehene Zeitplan dann nicht mehr eingehalten werden könne. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, den Endausbau auszuschreiben, falls in der Anliegerbeteiligung keine größeren Änderungsvorschläge unterbreitet werden.

Wenn sich ähnlich wie beim Ausbau der Massonneustraße eine sehr intensive Anliegerbeteiligung ergeben sollte, dann würde sich der Ausbau sowieso verzögern, so Herr Dübbelde. Er wolle, dass dem Ausschuss die endgültige Planung noch einmal vorgelegt werde.

Herr Spengler schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Schlieker stellt fest, dass seine Forderung nach einer multifunktionalen Gemeinschaftsfläche zwar im Kern im Planentwurf noch existiere, diese aber doch sehr zu Gunsten von Parkplätzen geschrumpft sei. Bzgl. der Pflanzbeete würde er sich über eine Gehölzvielfalt freuen. Außerdem sollte die Bepflanzung mit den direkten Anliegern besprochen werden.

Im Hinblick auf den unschönen Zustand einiger Pflanzbeete an der Massonneustraße sollte künftig über die Pflanzbeete generell diskutiert werden, so Herr Dübbelde.

Herr Mollenhauer betont, dass von den Anliegern in Neubaugebieten fast zu 100% Patenschaften für die Pflanzbeete übernommen würden.

Herr Flüchter wünscht sich eine Verkehrsberuhigung durch möglichst viele Baumstandorte.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Ausbauplanung für das Baugebiet Gantweger Bach eine Anliegerversammlung durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. 3. Änderung des Bebauungsplanes "Friethöfer Kamp"
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der Beteiligungsverfahren**

Der Ausschuss schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Friethöfer Kamp“ umfasst, wird die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Friethöfer Kamp“ beschlossen. Der Änderungsbe-
reich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 24,
Flurstücke 524, 525, 355 sowie Teile der Flurstücke 357, 522 und
523.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetz-
buch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB
wird in Verbindung mit
§ 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht
verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1
BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Friethöfer
Kamp“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2
und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchge-
führt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4
Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

**4. 4. Änderung des Bebauungsplanes "Sanierungsgebiet 1b"
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der Beteiligungsverfahren**

Auf Nachfrage von Herrn Walbaum teilt Frau Besecke mit, dass entspre-
chend der Vorgabe des Ausschusses mit dem Bauherrn ein städtebauli-
cher Vertrag bzgl. der äußeren Gestaltung des Gebäudes geschlossen
wurde.

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Sanierungsgebiet 1b“ umfasst, wird die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sanierungsgebiet 1b“ beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 5, Flurstücke 216 – 218 und 275.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sanierungsgebiet 1b“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Erweiterung eines Schweinemastbetriebes um 1.272 Tiere in Easking hier: Anhörung zum Ersetzen des gemeindlichen Einvernehmens

Auf die Vorberatung im Bezirksausschuss wird verwiesen.

Frau Besecke teilt mit, dass die Bürgerinitiative bekanntlich eine Eingabe beim Kreis Coesfeld eingereicht habe, die der Stadt zur Kenntnis gegeben wurde. Die der Stadt zugegangene Stellungnahme des Kreises ist dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt. Hierin werde ausgeführt, dass der Kreis weiterhin die Auffassung vertrete, dass der Stall privilegiert und genehmigungsfähig sei. An der Einstellung des Kreises, das Einvernehmen der Stadt Billerbeck zu ersetzen, ändere sich nichts.

Nach Wortmeldung des Herrn Flüchter hält der Vorsitzende diesem vor, dass er doch nicht wieder das komplette Wahlprogramm der Grünen vortragen solle. Daraufhin beschwert sich Herr Flüchter, dass ihm das Wort abgeschnitten werde.

Schließlich entschuldigt sich der Vorsitzende bei Herrn Flüchter und erteilt ihm das Wort.

Herr Flüchter erklärt, dass er bei der Meinung bleibe, die seitens der Grünen bisher immer vertreten wurde. Hier werde nur einmal mehr deutlich, wie seitens des Kreises Genehmigungsplanung betrieben werde, indem nur der einzelne Stall betrachtet und das große Ganze unberücksichtigt bleibe.

Herr Spengler legt dar, dass auch er bei seiner Meinung bleibe und nicht zustimmen werde.

Herr Schulze Temming äußert wenig Verständnis für diese Auffassung und gibt zu bedenken, dass es sich um einen Billerbecker Familienbetrieb handele. Wenn die Stadt das Einvernehmen versage, werde es doch durch den Kreis ersetzt.

Herr Schlieker fordert die Verwaltung auf, beim zuständigen Ministerium des Landes Druck zu machen, um verlässliche Angaben über die Tierplatzzahlen und Großvieheinheiten zu bekommen. Es gebe Schwankungen und bedürfe endlich der Aufklärung. Davon hänge vieles ab.

Herr Walbaum verweist in diesem Zusammenhang auf eine Anfrage, wonach Anwohner auf erhöhte Nitratwerte in ihrem Grundwasser hingewiesen haben. Er könne sich der Antwort des Herrn Hein auf diese Anfrage nicht anschließen, der bei erhöhten Nitratwerten einen Anschluss an das öffentliche Wassernetz empfohlen habe. Das eigentliche Problem werde doch dadurch nicht gelöst.

Herr Schulze Temming führt aus, dass er bisher noch nicht vernommen habe, dass die Werte über den Grenzwerten lägen, wohl habe er gehört, dass die Werte gestiegen sein sollen. Es gäbe in der Landwirtschaft jedoch auch eine Entwicklung zu sinkenden Werten. Diese ließen sich jedoch erst nach Jahren messen. Diese positiven Entwicklungen sollten nicht durch falsche Schlüsse zerredet werden. Im Übrigen stelle der Kreis und IT NRW die Tierplatzzahlen zur Verfügung. Die Verwaltung müsse diesbezüglich nicht noch einmal beschäftigt werden.

Herr Kösters macht darauf aufmerksam, dass man sich an Recht und Gesetz halten müsse, er stimme der Erweiterung des Schweinemastbetriebes zu.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB wird erteilt.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

6. Mitteilungen

6.1. Beschilderung der Rundroute Nr. 83 - Herr Mollenhauer

Zur Bitte des Herrn Knüwer auf Überprüfung der Beschilderung der Rundroute, teilt Herr Mollenhauer mit, dass ein Schild durch die Baumaßnahme an der Kreisstraße K 13 vorübergehend beseitigt wurde, dieses aber lt. Aussage des Kreises zum 16.12.2013 wieder aufgestellt werde. Der weitere bemängelte Punkt liege auf Havixbecker Gebiet. Der Hinweis sei an die Gemeinde weitergegeben worden.

6.2. Entfernen von morschen Bänken - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf Hinweise des Herrn Dübbelde, dass die morschen Bänke vom Friedhof, Möllerings-Hügel und Billerbecker Berg entfernt werden sollten und teilt hierzu mit, dass die defekte Bank am neuen Friedhof entfernt wurde. Die Bänke am Möllerings-Hügel und Billerbecker Berg würden mit Wintereinbruch zum Bauhof transportiert. Zudem sei vorgesehen, die Standorte aller Bänke in einem Plan zu erfassen und zu überlegen, wo Bänke Sinn machten.

7. Anfragen

7.1. Kopfsteinpflaster Bahnhofstraße - Herr Walbaum

Herr Walbaum weist auf Ausspülungen im Kopfsteinpflaster vom Bahnhof bis zur Fußgängerampel Darfelder Straße hin.

Des Weiteren müsse das Pflaster vor dem Geschäft Jansen in der Kurzen Straße noch verfugt werden. Er fragt nach, ob das Aufgabe der Stadt oder des Geschäftsinhabers sei.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

7.2. Beleuchtung "Schulweg" - Herr Spengler

Herr Spengler führt aus, dass ein Anlieger mehrmals nachgefragt habe, ob am Schulweg (zwischen Schul- und Friedhofstraße) eine Lampe aufgestellt werden könne.

Frau Dirks und Herr Mollenhauer teilen mit, dass aktuell keine Anfrage vorliege und sich der Anlieger an die Verwaltung wenden sollte.

7.3. Defekte Lampe am Lärchenweg - Herr Spengler

Herr Spengler weist auf eine defekte Lampe am Weg zwischen dem St. Johanni Kindergarten und dem Spielplatz hin.

Des Weiteren sei ein Teilstück des Berkelweges zwischen Kolvenburg und dem Abzweig Lindenstraße wieder mit losem Schotter ausgebessert worden. Der Schotter halte sich aber nicht lange. Er wolle wissen, warum hier nicht für eine dauerhafte Lösung gesorgt werde.

Herr Jakisch sagt Überprüfung zu.

7.4. Bauarbeiten Massonneustraße/Darfelder Straße - Herr Knüwer

Auf Nachfrage von Herrn Knüwer teilt Herr Mollenhauer mit, dass die

RWE eine 30 KV-Leitung verlege.

7.5. Blinkende Lampe am Unterstand am Bahnhof - Herr Becks

Herr Becks weist auf eine defekte Lampe an dem Unterstand am Bahnsteig hin.

Herr Mollenhauer sagt zu, den Hinweis an die Bahn weiterzuleiten.

7.6. Bahnhofsuhr - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde erinnert an die Zusage der Verwaltung, am Bahnhof eine Uhr zu installieren.

Herr Mollenhauer versichert, dass eine Bahnhofsuhr angebracht werde. Entsprechende Preisangebote lägen vor.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin